Politisches Wissen

Thomas Schübel

# Die soziale Verteilung politischen Wissens in Deutschland

## Wissensunterschiede und deren Ursachen

Springer VS

# Politisches Wissen

**Reihe herausgegeben von**
B. Westle, Marburg, Deutschland
M. Tausendpfund, Hagen, Deutschland

Normative Theorien der Demokratie zeichnen nicht selten ein Bild von bestens informierten, politisch kenntnisreichen und ihre wohlgeordneten Präferenzen selbstbewusst und engagiert vertretenden Bürgern. Während sich eine Vielzahl nationaler und international vergleichender Studien seit Jahrzehnten kontinuierlich der empirischen Analyse von politischen Einstellungen und Verhaltensweisen widmet, fehlt es – trotz der so genannten kognitiven Wende in den Sozialwissenschaften – im deutschen Kontext an Studien zum politischen Kenntnisstand. Über das politische Wissen und das Verständnis politischer Vorgänge bei den Bürgerinnen und Bürger liegen nur äußerst fragmentarische, punktuelle empirische Analysen in Fachzeitschriften vor. Angesichts dessen, dass die Kenntnis politischer Fakten und Zusammenhänge jedoch eine grundlegende Voraussetzung ist, um die demokratische Staatsbürgerrolle kompetent zu erfüllen – z.B. die eigenen Interessen zu vertreten, die Handlungen der politischen Eliten verstehen und kontrollieren zu können – besteht hier ein erhebliches Defizit. Ziel der Reihe ist es, diese Lücke zu füllen.

Weitere Bände in der Reihe http://www.springer.com/series/15931

Thomas Schübel

# Die soziale Verteilung politischen Wissens in Deutschland

## Wissensunterschiede und deren Ursachen

Mit einem Geleitwort von Frau Prof. Dr. Bettina Westle und Herrn Dr. Markus Tausendpfund

Springer VS

Thomas Schübel
Marburg, Deutschland

Dissertation an der Philipps-Universität Marburg, 2017

Originaltitel der Dissertation: Die soziale Verteilung politischen Wissens in Deutschland. Politische Wissensunterschiede und deren Ursachen

OnlinePlus Material zu diesem Buch finden Sie auf
http://www.springer.com/978-3-658-21639-9

ISSN 2523-8361 ISSN 2523-837X (electronic)
Politisches Wissen
ISBN 978-3-658-21638-2 ISBN 978-3-658-21639-9 (eBook)
https://doi.org/10.1007/978-3-658-21639-9

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Springer VS
© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.
Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature
Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

## Geleitwort zur Reihe

*„If a nation's citizens are politically apathetic and uninformed, democratic governance may be nothing more than symbol and myth"* (Mondak 1994, 117).

Für die Wahrnehmung von Politik und die Beteiligung am politischen Leben einer Gesellschaft ist politisches Wissen notwendig. Nur informierte Bürgerinnen und Bürger sind in der Lage, politische Vorgänge zu verstehen und sich fundierte Meinungen zu bilden (Mondak 1994, 117). Deshalb gilt politisches Wissen als „currency of citizenship" (Delli Carpini/Keeter 1996, 8) und in repräsentativen Demokratien gehört die politische Informiertheit der Bürgerinnen und Bürger zu einem angestrebten Gesellschaftsziel.

Entsprechend haben in der US-amerikanischen politik- und sozialwissenschaftlichen Forschung Untersuchungen zu Stand und Strukturen politischen Wissens sowie seinen Zusammenhängen mit dem politischen Entscheidungsprozess eine lange Tradition und genießen einen hohen Stellenwert. In Deutschland gibt es dagegen keine entsprechende Forschungstradition und es fehlt an umfassenden oder gar kontinuierlichen Untersuchungen zum politischen Wissen der Bürgerinnen und Bürger. Dieser Mangel an Forschung ist problematisch, da zahlreiche Studien im US-amerikanischen Raum die außerordentliche Relevanz des politischen Wissens für Einstellungen und Verhaltensweisen empirisch nachgewiesen haben. Deshalb ist es dringend erforderlich, etwas gegen diese Lücken in der deutschen Forschungslandschaft zu unternehmen.

Einen Schritt in diese Richtung will die Schriftenreihe „Politisches Wissen" nehmen. Ziel der Reihe ist es, inhaltliche und methodische Fragen zu politischem Wissen, Informationsangebot und -verarbeitung sowie zum Zusammenspiel mit der Nutzung von Heuristiken sowie der Funktionsweise von Wissen in unterschiedlichen Kontexten und Frames in den Blick zu nehmen. Der räumliche Fokus liegt dabei auf Deutschland, aber ländervergleichende Studien sollen die nationale Perspektive ergänzen. Die Reihe ist sowohl offen für Monografien (auch Qualifikationsarbeiten) als auch für Konzept- und

Sammelbände. Der Schwerpunkt der Reihe liegt bei politikwissenschaftlichen Zugängen, aber auch ein Blick in verwandte Disziplinen wie etwa die Politikdidaktik und die politische Bildung ist willkommen.

Die Reihe startet mit der Dissertation von Thomas Schübel. Auf der Grundlage einer repräsentativen Befragung der deutschen Bevölkerung ab 14 Jahren (im Rahmen eines von Bettina Westle geleiteten und von der Thyssen-Stiftung finanzierten Projekts) bietet die Studie einen umfassenden Überblick zu grundlegenden Aspekten politischen Wissens und widmet sich insbesondere der Frage nach der soziodemografischen Verteilung politischer Faktenkenntnisse.

*Bettina Westle und Markus Tausendpfund*

# Inhaltsverzeichnis


**1 Einführung** **1**

**2 Politisches Wissen** **7**
2.1 Psychologische Einordnung von Wissen . . . . . 7
2.2 Definition politischen Wissens . . . . . 14
2.3 Inhalte und Relevanz politischen Wissens . . . . . 22

**3 Politischer Wissenserwerb** **51**
3.1 Grundlagen kognitiver Lerntheorien . . . . . 51
3.2 Frühere Forschungsansätze . . . . . 53
3.3 MOA-Modell . . . . . 55
3.4 Politisches Wissen und soziale Ungleichheit . . . . . 64
3.5 Grundlegende Einflussfaktoren des politischen Wissenserwerbs 67
3.6 Soziodemographie und politischer Wissenserwerb . . . . . 80

**4 Anlage der empirischen Studie** **103**
4.1 Vorbemerkung . . . . . 103
4.2 Strukturelles und aktuelles politisches Wissen . . . . . 104
4.3 Datenerhebung . . . . . 114
4.4 Generierung von Wissensfragen . . . . . 118
4.5 Operationalisierung der Determinanten und Hypothesen . . . 132

**5 Messung politischen Wissens** **155**
5.1 Grundlagen . . . . . 155
5.2 Wissen und Antwortverhalten bei Faktenfragen . . . . . 156
5.3 Kodierung . . . . . 165
5.4 Wissensstand bei einzelnen politischen Inhalten . . . . . 186
5.5 Ein Instrument zur Messung politischen Wissens . . . . . 195

**6 Soziale Verteilung politischen Wissens und deren Ursachen 247**
6.1 Grundlagen der kausalen Modellierung . . . . . 247
6.2 Soziale Verteilung politischen Wissens . . . . . 258
6.3 Ursachen politischer Wissensasymmetrien . . . . . 274

**7 Fazit und Forschungsausblick** **317**

**Literaturverzeichnis** **331**

**Appendix** **363**

## Abbildungsverzeichnis


Abb. 2.1 Lernen im Mehrspeichermodell des Gedächtnisses . . . . 9
Abb. 2.2 Wissen in der Architektur des Langzeitgedächtnisses . . 10
Abb. 2.3 Begriffsnetzwerk . . . . . 14
Abb. 2.4 Semantisch-hierarchisches Netzwerk . . . . . 14
Abb. 3.1 Politischer Wissenserwerb im MOA-Modell . . . . . 56
Abb. 5.1 Eindimensionales vs. zweidimensionales Modell . . . . . 199
Abb. 5.2 Wahrscheinlichkeit von Score-Werten bei Raten . . . . . 202
Abb. 5.3 ICCs von Guttman- und Mokken-Modellen . . . . . 213
Abb. 5.4 ICCs unterschiedlicher parametrischer Messmodelle . . 214
Abb. 5.5 Empirische Lösungshäufigkeiten und ICCs I . . . . . 224
Abb. 5.6 Empirische Lösungshäufigkeiten und ICCs II . . . . . 225
Abb. 5.7 Empirische Lösungshäufigkeiten und ICCs III . . . . . 226
Abb. 5.8 Empirische Lösungshäufigkeiten und ICCs IV . . . . . 227
Abb. 5.9 Empirische Lösungshäufigkeiten und ICCs V . . . . . 228
Abb. 5.10 Differential Item Functioning im Rasch-Modell . . . . . 236
Abb. 5.11 Wright Map . . . . . 246
Abb. 6.1 SEM mit einer vs. zwei abhängigen Variablen . . . . . 254
Abb. 6.2 Verteilung politischen Wissens . . . . . 261
Abb. 6.3 Verteilung politischen Wissens nach Rateneigung . . . . 262
Abb. 6.4 Strukturgleichungsmodell 6.21 . . . . . 276
Abb. 6.5 Strukturgleichungsmodell 6.22 . . . . . 286
Abb. 6.6 Strukturgleichungsmodell 6.23 . . . . . 287
Abb. 6.7 Strukturgleichungsmodell 6.24 . . . . . 289
Abb. A1 Transformation zur Bestimmung der Modell-Startwerte 373

## Tabellenverzeichnis


Tab. 4.1 Erwerb von politischem Wissen im MOA-Ansatz . . . . 110
Tab. 4.2 Inhalte strukturellen und aktuellen politischen Wissens . 111
Tab. 4.3 Erhebungen im Rahmen des Wissensprojekts . . . . . 114
Tab. 4.4 Politische Faktenfragen der Haupterhebung . . . . . 123
Tab. 4.5 Wichtigstes Problem in Deutschland 2008/2009 . . . . . 129
Tab. 4.6 Operationalisierung der kognitiven Ressourcen . . . . . 135
Tab. 4.7 Operationalisierung der politischen Einstellungen . . . . 137
Tab. 4.8 Operationalisierung der politischen Mediennutzung . . . 139
Tab. 4.9 Operationalisierung des politischen Gesprächsverhaltens 142
Tab. 4.10 Operationalisierung der politischen Partizipation . . . . 143
Tab. 4.11 Operationalisierung der soziodemographischen Merkmale 148
Tab. 4.12 Hypothesenüberblick . . . . . 149
Tab. 5.1 Antwortverhalten bei politischen Faktenfragen . . . . . 167
Tab. 5.2 Antwortverhalten nach Interviewergeschlecht . . . . . 169
Tab. 5.3 Antwortverhalten bei Rate-Entmutigung/ Ermutigung I 179
Tab. 5.4 Antwortverhalten bei Rate-Entmutigung/ Ermutigung II 180
Tab. 5.5 Wirkung von Rate-Entmutigungen . . . . . 184
Tab. 5.6 Wissensniveau auf Fragenebene . . . . . 194
Tab. 5.7 Interpretation der Fähigkeitsausprägungen . . . . . 221
Tab. 5.8 Skalierungsergebnisse auf Item-Ebene (Wissensfragen) . 223
Tab. 5.9 Modellanpassungsvergleich (Rasch-Modelle) . . . . . 231
Tab. 5.10 Zusammenhang mit relevanten Personenmerkmalen . . . 234
Tab. 5.11 DIF-Analysen I (Strukturelles politisches Wissen) . . . . 238
Tab. 5.12 DIF-Analysen II (Aktuelles politisches Wissen) . . . . . 239
Tab. 6.1 Strukturgleichungsmodelle mit einem Prädiktor . . . . . 260
Tab. 6.2 Strukturgleichungsmodelle (gerichtete Pfade) . . . . . 280
Tab. 6.3 Effekttabelle zu den Strukturgleichungsmodellen . . . . 282
Tab. 6.4 Modellanpassungsvergleich (Strukturgleichungsmodelle) 288
Tab. 6.5 Multipler Gruppenvergleich (gerichtete Pfade) . . . . . 306
Tab. 6.6 Modellanpassungsvergleich (Multipler Gruppenvergleich) 313
Tab. A1 Faktenfragen in der ersten Vorerhebung . . . . . 363
Tab. A2 Faktenfragen in der zweiten Vorerhebung . . . . . 365
Tab. A3 Faktenfragen in der Haupterhebung . . . . . 367

Tab. A4 Skalierungsergebnisse auf Item-Ebene (Merktest) . . . . 370
Tab. A5 Politisches Interesse in Deutschland 2008/2009 . . . . . 370
Tab. A6 Häufigkeit des Auftretens falscher Antworten . . . . . 371
Tab. A7 Antwortverhalten nach subjektivem Wissen . . . . . 372
Tab. A8 Soziale Verteilung politischen Wissens . . . . . 374
Tab. A9 Soziale Verteilung politischen Wissens nach Landesteil . 375
Tab. A10 Effekttabelle zum Multiplen Gruppenvergleich . . . . . 376
Tab. A11 Multipler Gruppenvergleich auf Ost-West-Unterschiede . 377

# 1 Einführung

Politische Beteiligung ist Bestandteil selbst der schmalsten Demokratiekonzeptionen. Damit die Interessen der Regierten von den Regierenden berücksichtigt werden können, ist es unerlässlich, dass Bürger[1] ihre politischen Präferenzen regelmäßig zum Ausdruck bringen. Das Zusammenleben von Menschen in einem gemeinsamen demokratischen Staatswesen basiert auf deren politischer Mündigkeit. Eine Voraussetzung, um sich als Staatsbürger an politischen Willensbildungsprozessen beteiligen zu können, ist die Fähigkeit „sich in der politischen Wirklichkeit zurechtzufinden" (Gabriel 1986, 180). Als ein zentraler Baustein zur Orientierung in der politischen Welt werden dabei politische Kenntnisse angesehen. Kurzum: Politische Mündigkeit verlangt eine solide Wissensbasis, d.h. Kenntnisse über politische Tatbestände.

Selbst wenn die politische Partizipation der Bürger im Wesentlichen auf die Teilnahme an Wahlen begrenzt ist, wird dabei ein beträchtliches Maß an Wissen vorausgesetzt, damit Individuen in die Lage versetzt werden, mittels Stimmabgabe ihre politischen Präferenzen einzubringen und auf diese Weise auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen zu können. Aus demokratietheoretischer Sicht interessiert jedoch nicht nur, ob in der Bevölkerung insgesamt genügend politisches Wissen vorhanden ist, sondern auch wie gleich bzw. ungleich dieses verteilt ist.

Auch wenn man zum Schluss kommt, politisches Wissen sei in der Bevölkerung in ausreichendem Umfang als kollektive Ressource vorhanden, ist es somit darüber hinaus von höchstem Interesse, wie dieses Wissen in der Gesellschaft verteilt ist. Die Relevanz des zuletzt genannten Aspekts ergibt sich dabei im Zusammenhang mit dem Prinzip der „politischen Gleichheit". Politische Gleichheit gehört neben politischer Freiheit und politischer Kontrolle zu den Grundprinzipien von Demokratien. Laut Verba (2001) ist es daher erforderlich, dass alle Bürger gleichen Einfluss auf politische Entscheidungen

[1] Um die Lesbarkeit des Textes zu erleichtern, wird aus pragmatischen Gründen durchwegs nur die männliche Form verwendet.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018
T. Schübel, *Die soziale Verteilung politischen Wissens in Deutschland*,
Politisches Wissen, https://doi.org/10.1007/978-3-658-21639-9_1

haben („equal influence over government“), indem Entscheidungsträger die Präferenzen und Bedürfnisse aller Bürger gleichermaßen berücksichtigen („equal consideration of the preferences and needs of all citizens“). Es genügt demnach nicht, dass sämtliche Staatsbürger formal gleichen Zugang zur politischen Arena haben, sondern es muss auch gewährleistet sein, dass tatsächlich alle gleichermaßen in der Lage sind, ihren eigenen Interessen nachzugehen („equal capacity“). Um ihre Interessen effektiv einbringen zu können, ist daher auch politisches Wissen notwendig.

Aus umgekehrter Perspektive ist anzunehmen, dass politische Entscheidungsträger den Präferenzen partizipierender Individuen mehr Beachtung schenken. Letztere haben damit eine größere Chance, dass ihre Anliegen bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Dieser Fokus auf artikulierte Interessen politisch aktiver Bürger wäre jedoch insofern höchst problematisch, da dieser Personenkreis keinen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung darstellt. Politikwissenschaftliche Studien zeigen regelmäßig, dass sich die politische Präferenzverteilung der aktiven Bürger systematisch von der Gruppe der inaktiven Personen unterscheidet (Schäfer 2015).

Gleichzeitig ist vermehrt festzustellen, dass gerade sozial benachteiligte Bevölkerungsteile auf politische Beteiligung verzichten (vgl. Ebd.). Dies hat umgekehrt zur Folge, dass es besser gestellten Bürgern leichter fallen dürfte, ihre politischen Interessen durchzusetzen. Geißel (2012, 36) nennt in Bezug hierauf die Abstimmung zur Schulreform in Hamburg (2010) als Beispiel: Es ging dabei um eine Reform des Schulwesens, von der in erster Linie Kinder aus bildungsfernen Schichten profitiert hätten. Eine Bürgerinitiative aus überwiegend ressourcenstarken Kreisen initiierte daraufhin einen Volksentscheid, bei dem 56% der Teilnehmenden gegen die Reform stimmten. Wie sich herausstellte, war die Beteiligungsrate in den wohlhabenden Bezirken besonders hoch, in den ärmeren Bezirken demgegenüber jedoch sehr niedrig. Augenscheinlich war es Reformgegnern in hohem Ausmaß gelungen, privilegierte Bevölkerungsteile zu mobilisieren, während demgegenüber die Mobilisierung sozial benachteiligter Bürger durch Befürworter deutlich weniger erfolgreich war.

Da politische Kenntnisse von zentraler Relevanz für politische Partizipation sind, wäre es daher besonders problematisch, wenn die Verteilung politischen Wissens eng an Merkmale sozialer Ungleichheit gebunden wäre. In Folge ungleicher Wissensniveaus würden damit gerade Bevölkerungsgruppen politisch bevorzugt, welche ohnehin weniger auf kollektive Lösungen angewiesen sind, da sie z.B. in der Lage sind, Defizite im Bildungs- oder Gesundheitswesen durch einen Rückgriff auf private Angebote zu kompensieren.

Die Erforschung der Verteilung politischen Wissens in Deutschland ist daher von großer Bedeutung für die Bewertung des Zustands des politischen Systems. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit soll daher zum einen untersucht werden, ob sich tatsächlich systematische Wissensasymmetrien entlang bestimmter Merkmale sozialer Ungleichheit feststellen lassen. In einem zweiten Schritt wird zu beantworten sein, auf welche Ursachen entsprechende Wissensunterschiede letztlich zurückzuführen sind.

Trotz der aufgezeigten gesellschaftspolitischen Relevanz ist das Thema „politisches Wissen“ für den deutschen Kontext noch weitgehend unerforscht. Zwar liegen relativ robuste Befunde hinsichtlich der Verteilung politischen Wissens für den US-Kontext vor (Delli Carpini/Keeter 1996), deren Übertragbarkeit auf den hiesigen Kontext könnte jedoch aufgrund von Systemunterschieden nicht pauschal gewährleistet sein. Forscher, welche explizit den deutschen Kontext berücksichtigen, konnten hierfür im Regelfall entweder nur eine sehr geringe Anzahl an Wissensindikatoren (zumeist bezogen auf Kenntnisse des Wahlsystems) verwenden oder mussten ihren Analysen näherungsweise verwandte Personenmerkmale (z.B. politisches Interesse) zugrunde legen. Diesem Forschungsbedarf will diese Arbeit nachkommen, mit dem Ziel hierdurch einen Beitrag zur mittel- und langfristigen Fortentwicklung der Forschungsdomäne beizusteuern. Mit einer 2008/2009 im Rahmen des Forschungsprojekts „Politisches Wissen in Deutschland“ (Philipps-Universität Marburg) durchgeführten repräsentativen Telefonbefragung steht für die hier vorgelegte Primäranalyse nun erstmals eine größere Datenbasis zur Verfügung.

Ausgehend vom etablierten Begriffsverständnis nach Delli Carpini und Keeter

(1996), welche politisches Wissen als „the range of factual information about politics that is stored in long-term memory“ definieren, gilt es jedoch zunächst das zu beleuchtende Merkmal von verwandten Konzepten (z.B. Converse 1964; Neuman 1986; Zaller 1992) inhaltlich abzugrenzen (Kapitel 2).

Anschließend soll dargelegt werden, welche Faktoren in genereller Hinsicht von Bedeutung für den Wissenserwerb sind. Als grundlegender theoretischer Rahmen wird dabei der „motivation-opportunity-ability“-Ansatz gewählt, welcher Wissensunterschiede auf unterschiedliche Ausprägungen hinsichtlich motivationaler, gelegenheitsbezogener und ressourcenbezogener Merkmale zurückführt (Kapitel 3).

Im nächsten Kapitel wird der Rahmen der empirischen Studie aufgezeigt. Bei der Untersuchung der Verteilung politischen Wissens soll dabei zwischen zwei Teilbereichen differenziert werden. Es wird davon ausgegangen, dass politische Beteiligung zum einen Wissen über langfristig relevante Inhalte struktureller Art (*strukturelles politisches Wissen*) erfordert. Daneben sollten jedoch ebenfalls Kenntnisse über aktuelle Politikinhalte von zeitlich begrenzter Relevanz (*aktuelles politisches Wissen*) Wichtigkeit besitzen. Mangels eines etablierten Fragenkatalogs zur Messung politischen Wissens in Deutschland wurde von den beteiligten Projektmitgliedern ein eigener Katalog von politischen Faktenfragen entwickelt, welcher beide Teilbereiche berücksichtigt. Auf Basis des zuvor vorgestellten MOA-Ansatzes ergeben sich in Bezug auf beide Bereiche schließlich mitunter unterschiedliche Zusammenhangserwartungen für die im Rahmen der Erhebung erfassten Personenmerkmale (Kapitel 4).

Im Anschluss daran wird ausführlich darauf eingegangen, wie das beobachtete Antwortverhalten bei den eingesetzten Faktenfragen zu verrechnen ist, um hieraus valide Rückschlüsse auf den politischen Wissensstand der Bürger zu ziehen. Zur Bestimmung der individuellen Wissensniveaus kommt dabei ein zwei-dimensionales Rasch-Modell zum Einsatz (Kapitel 5).

Im letzten Teil der Arbeit soll schließlich die Verteilung politischen Wissens in der Bevölkerung untersucht werden. Es wird die Frage beantwortet, ob sich

tatsächlich systematische Wissensasymmetrien entlang bestimmter Merkmale sozialer Ungleichheit feststellen lassen. In einem zweiten Schritt wird auf Basis von Strukturgleichungsmodellen abschließend untersucht, wie sich entsprechende Wissensasymmetrien zwischen Bürgern kausal erklären lassen (Kapitel 6).

Abschließend werden die wichtigsten Befunde dieser Arbeit in einem gesonderten Kapitel zusammengefasst und eingeordnet (Kapitel 7).

# 2 Politisches Wissen

## 2.1 Psychologische Einordnung von Wissen

Bevor definiert werden kann, was im Rahmen der vorliegenden Arbeit unter politischem Wissen verstanden werden soll, ist es zunächst erforderlich, den Wissensbegriff in allgemeinerer Form zu klären. Von *„Lernen“* ist in der Psychologie (Schermer 1998, 10ff.) die Rede, wenn 1) eine Veränderung[1] von Verhaltensweisen oder kognitiven Strukturen eingetreten ist, welche 2) auf Erfahrung und/oder Übung[2] zurückgeht und ferner 3) einen längeren Zeitraum überdauert. Entsprechende Lernresultate werden im Gedächtnis letztlich als „Wissen“ gespeichert. Irrelevant ist dabei, inwiefern die gelernten Inhalte tatsächlich der Realität entsprechen oder nicht.[3]

Dabei können in Bezug auf politische Inhalte mindestens drei unterschiedliche Arten von Lernprozessen unterschieden werden (Dekker 1996, 397ff.):

- Wissenserwerb auf Basis eigener Erfahrungen und Beobachtungen (z.B. Erwerb von Wissen über die Funktionsweise demokratischer Herrschaft durch Erfahrungen in politischen Jugendorganisationen, Sportvereinen),
- Wissenserwerb auf Basis von Erfahrungen und Beobachtungen anderer Personen (z.B. Erwerb von Wissen über parteipolitische Positionen durch Parteitagsberichterstattung von Journalisten) und schließlich
- Wissenserwerb durch Verknüpfung existenter Gedächtnisinhalte (Lernen als vollständig innerpsychischer Prozess: z.B. Finnland ist Mitglied der Europäischen Union, da es Teil der Eurozone ist und die EU-

[1] Anders als in der alltagsprachlichen Verwendung bedeutet der Begriff hier nicht immer automatisch eine Verbesserung, sondern kann auch eine Verschlechterung charakterisieren.

[2] Dies schließt somit Änderungen aus, welche z.B. durch Medikamentenwirkung zustande kommen.

[3] Aus neurobiologischer Sichtweise (Spitzer 2003, 62) ist Wissen im Gehirn in Form von Verbindungsstärken (Synapsenstärken) zwischen Neuronen gespeichert. Lernen zeigt sich hier demnach als „Veränderung der Stärke der synaptischen Verbindungen zwischen Nervenzellen“ (Spitzer 2003, 94).

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018
T. Schübel, *Die soziale Verteilung politischen Wissens in Deutschland*,
Politisches Wissen, https://doi.org/10.1007/978-3-658-21639-9_2

Mitgliedschaft eine notwendige Voraussetzung für einen Beitritt zu diesem Währungsgebiet ist).

Eine zentrale Rolle kommt dabei dem *Gedächtnis* zu, welches eine *langfristige* Speicherung („Rentention“) von Eindrücken erlaubt. Erst wenn neue Inhalte tatsächlich hier verankert werden, kann schließlich von einer dauerhaften Veränderung kognitiver Strukturen gesprochen werden. Da das menschliche Gedächtnis nicht direkt erfasst werden kann, existieren zahlreiche Modellvorstellungen von dessen Aufbau: Während die frühe Forschung (Ebbinghaus 1885) noch von einem einheitlichen Gedächtnissystem ausging, postulieren zeitgemäße Theorien die Existenz mehrerer Gedächtnisarten. Sämtlichen Mehrspeichermodellen gemeinsam ist dabei die Differenzierung zweier getrennter Gedächtnistypen für kurz- und für langfristige Speicherleistungen (*Kurz-* und *Langzeit*gedächtnis). Viele Modelle (Houston 1981; Atkinson/Shiffrin 1968) enthalten zudem ein beiden vorgelagertes, *sensorisches* Gedächtnis (vgl. Abb. 2.1).

Im Hinblick auf den Aufbau des *Langzeitgedächtnisses* werden im Regelfall mehrere Komponenten unterschieden. Bewusst abrufbare Wissensbestände werden im *expliziten* (deklarativen) Gedächtnis gespeichert, welches aus einem *semantischen* und einem *episodischen* Speicher besteht (Tulving 1972): Fakten und Konzepte werden demnach im „semantischen“ Gedächtnis[4] des Langzeitgedächtnisses abgespeichert, d.h. dauerhaft abgebildet (vgl. Abb. 2.2). Das „episodische“ Gedächtnis enthält demgegenüber erlebte Erfahrungen, d.h. autobiographische Informationen, welche an einem spezifischen Ort und zu einem spezifischen Zeitpunkt gemacht wurden (vgl. Schermer 1998, 23, 141).[5] Einschlägig hinsichtlich des Untersuchungsthemas erscheint auch

[4] Dieses befindet sich hauptsächlich im Hippocampus, welcher wiederum Teil der Funktionseinheit des Gehirns ist, die man Limbisches System nennt (Spitzer 2003, 21, 37).

[5] Dies schließt jedoch keineswegs aus, dass auch für das Lernen von Fakten das episodische Gedächtnis eine wichtige Rolle einnimmt: So findet im Regelfall der Erwerb von Wissen über Sachverhalte (z.B. die Bedeutung der 5%-Hürde) episodisch, d.h. über konkrete Erfahrungen (z.B. in Sozialkunde-Stunde am 4.6.1996) statt. Bevor ein Begriff (z.B. 5%-Hürde) im Gedächtnis gespeichert wird, muss dieser systematisch gelernt werden. Nach dem dieser sicher im episodischen Gedächtnis verankert wurde, kann er sich vom

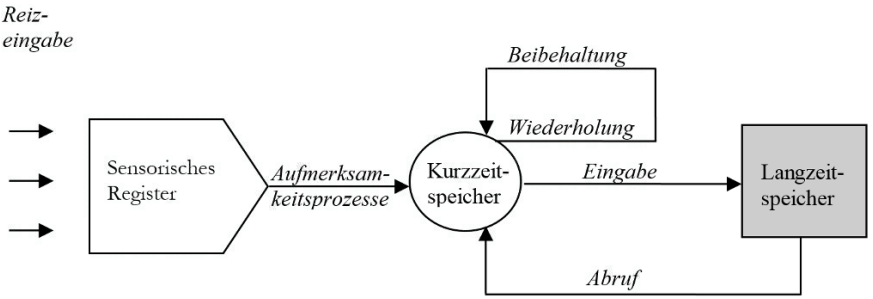


Abbildung 2.1: Lernen im Mehrspeichermodell des Gedächtnisses (eigene Darstellung angelehnt an Schermer 1998,119)

das „prozedurale Gedächtnis“, da sich das dort eingelagerte Wissen speziell auf die Ausführung *automatisierter* Fertigkeiten („Handlungswissen“) bezieht: Hierunter fallen nicht nur Aktivitäten wie Radfahren oder Schwimmen etc., sondern z.B. auch Lernroutinen (vgl. Schermer 1998, 128).

Prozesse der *Informationsaufnahme-, -verarbeitung und -speicherung* werden insbesondere in *kognitiven* Lerntheorien dargestellt: Kognitive Lerntheorien schreiben vor allem Wahrnehmungen, Gedanken und Bewertungen für den Lernprozess eine überragende Bedeutung zu.[6] Zunächst ist dabei begrifflich zwischen „Daten“, „Informationen“ und „Wissen“ zu differenzieren, obgleich diese sehr stark untereinander zusammenhängen (vgl. Krcmar 1997, 20; Reinmann-Rothmeier/Mandl 2001):

1) Rohe Reize visueller und akustischer Art kommen demnach im sensorischen Gedächtnis zunächst als „Daten“ an und werden hier weitestgehend unverändert (also nur ihrer physikalischen Eigenschaften entsprechend) und lediglich für kurze Zeit gespeichert.

2) Nach der ersten Klassifikation (Mustererkennung) gehen einige Ein-

Kontext lösen und schließlich in das semantische Gedächtnis übergehen (vgl. Schermer 1998, 141f.).

[6] Andere Lerntheorien (z.B. Behaviorismus, Konstruktivismus) sind für den *politischen* Wissenserwerb dagegen weniger relevant. Für eine Übersicht vgl. Seel (2000, 145ff.) und Becker-Carus (2011, 313–367).

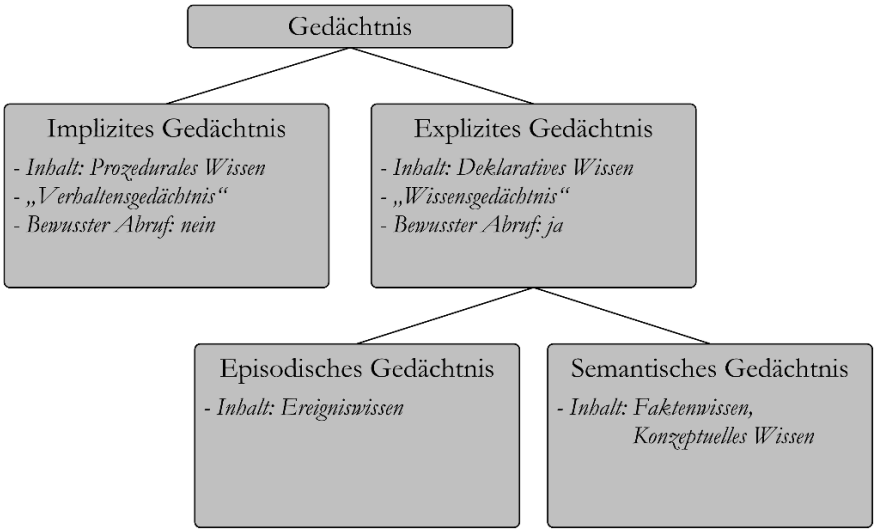


Abbildung 2.2: Wissen in der Architektur des Langzeitgedächtnisses (eigene Darstellung angelehnt an Becker-Carus 2011,387)

drücke als *„Information“* (d.h. interpretierte Daten) in das Kurzzeitgedächtnis zur weiteren Strukturierung bzw. Verarbeitung über: „Daten“ sind „Zustände der Realität, sie werden extern aufgenommen“ (Arnold 2009, 5). Durch Interpretation (Dekodierung) dieser Eindrücke erwachsen anschließend „Informationen“. Erst im Kurzzeitgedächtnis wird entschieden, welche ankommenden Informationen aus dem sensorischen Gedächtnis tatsächlich weiterverarbeitet werden.

3) Diejenigen Informationen, welche nicht bereits hier vergessen werden, werden anschließend an das Langzeitgedächtnis weitergegeben, wo sie dauerhaft verfügbar bleiben.[7] Erst dort werden diese Informationen

[7] Das Kurzeitgedächtnis ist für eine langfristige Speicherung ungeeignet, die Speicherdauer beträgt hier nur etwa 30 Sekunden. Dies liegt daran, dass dessen Speicherkapazität stark begrenzt ist (maximal $7 \pm 2$ Informationen können laut Miller 1956 gleichzeitig gespeichert werden) und so gespeicherte Inhalte stetig durch neu ankommende Informationen ersetzt werden. Ist demnach die Frequenz an neu eintreffenden Informationen im Kurzzeitspeicher zu hoch, ist dies ebenfalls für das Lernen hinderlich, da hierdurch

schließlich als *„Wissen“* abgespeichert.

Für die erfolgreiche Übertragung in den Langzeitspeicher sind dabei vier Prozesse notwendig: Zum einen muss die Information a) kodiert werden, d.h. die Eindrücke werden verändert und zu sinnvollen Einheiten umgewandelt. Zur Verschlüsselung der Informationen werden neue Informationen mit existierenden Gedächtnisinhalten in Verbindung gebracht. Diese Kodierung macht es erst möglich, sehr viele Informationen zu verarbeiten. Daneben ist b) ein innerer Wiederholungsmechanismus notwendig, „worunter das Memorieren des Lernstoffs zu verstehen ist“ (Schermer 1998, 119). Allerdings ist dafür ein mechanisches Repetieren im Normalfall nicht ausreichend. Die Speicherung ist umso nachhaltiger, je elaborierter diese Wiederholungsprozesse ausfallen, d.h. wie tief, gründlich und ausführlich sich damit auseinander gesetzt wird (Schermer 1998, 124; Spitzer 2003, 9).[8] Im Anschluss daran werden d) die neuen Informationen mit bestehenden Gedächtnisinhalten verknüpft, d.h. in zeitliche, räumliche oder semantische Strukturen eingebettet, und damit schließlich in Form von „Wissen“ langfristig gespeichert.

Somit lässt sich *„Wissen“* definieren als „Speicherung, Integration und Organisation von Information im Gedächtnis (...) Wissen ist organisierte Information, es ist Teil eines Systems oder Netzes aus strukturierten Informationen“ (Solso 2005, 242). Der Wissensbegriff sollte folglich nicht (wie teilweise in der Literatur zu politischem Wissen häufig) synonym zum Begriff „Information“ verwendet werden: „Information ist der Rohstoff für Wissen. (...) Damit aus Information Wissen wird, muss der Mensch auswählen, vergleichen, bewerten, Konsequenzen ziehen, verknüpfen, aushandeln und sich mit anderen austauschen“ (Reinmann-Rothmeier/Mandl 2001, 466). Wie bereits

nicht mehr genügend Ressourcen für die Übertragung der bereits vorhandenen Inhalte in das Langzeitgedächtnis zur Verfügung stehen (vgl. Schermer 1998).

[8] Je elaborierter die Auseinandersetzung mit den Informationen, desto eher wird letztere behalten. So fanden beispielsweise Craik/Lockhart (1972) heraus, dass sich Probanden Wortlisten (z.B. Frankreich, Ungarn, Dänemark, Polen) besser merken konnten, wenn bei ihnen ein gemeinsames gedankliches Bindeglied (z.B. NATO-Länder vs. Nicht-NATO-Länder) für die einzelnen Merkwörter vorhanden ist, d.h. wenn während der Einprägphase anhand eines externen Kriteriums ein sinnhafter Bezug zwischen diesen hergestellt werden konnte.

erwähnt, bezieht sich der Begriff nach dem Verständnis der *psychologischen* Forschung nicht nur auf objektiv richtige, sondern umfasst auch objektiv falsche Gedächtnisinhalte. Im letzteren Fall hat man es mit „Fehlwissen“ bzw. „Fehlkonzepten“ zu tun.

Auf welche Art und Weise wird nun dieses Wissen gespeichert? Im Rahmen bedeutungsbezogener Repräsentation wird „Information“ nicht als solche, sondern in aufbereiteter Form als „Wissen“ durch Verbindung der neuen Inhalte mit bereits vorhandenen Strukturen gespeichert. Hinsichtlich der exakten Form der *Wissensrepräsentation* („organization“) gibt es eine Reihe kognitionspsychologischer Modellansätze, welche sich im Regelfall durch den jeweils gewählten Fokus unterscheiden z.B. „Netzwerk“, „Schema“ oder „Skript“. Wichtig für die vorliegende Arbeit ist es vor allem zwei Wissensarten nach Anderson et al. (2001) zu unterscheiden (vgl. auch Abb. 2.2):

- „Faktenwissen“ („knowing that“ vgl. Ryle 1969, 26; Spitzer 2003, 62) bezieht sich darauf, ob ein bestimmter Gedächtnisinhalt über einen Tatbestand vorliegt. Zentraler Bezugspunkt ist dabei eine Proposition, welche wiederum aus mindestens zwei Elementen, einer Relation und einem oder mehreren Argument/en (Subjekt, Objekt) besteht: Z.B. „Ursula von der Leyen (Subjekt) ist (Relation) CDU-Mitglied (Objekt)“. Wie kognitionspsychologische Studien zeigen, ist dieses Wissen jedoch im Regelfall nicht als separates, isoliertes Faktum („simple facts“ bzw. „stray facts“ nach Converse 1964, 1975) gespeichert, sondern eingebunden in eine sich wechselseitig bedingende, netzwerkartige Struktur sich unterstützender Fakten (propositionale Netzwerke). Wird neues Wissen erlangt, wird dabei die neue Proposition mit vorhandenen Propositionen im Netzwerk des Lerners verknüpft. Abb. 2.3 zeigt ein mögliches Begriffsnetzwerk. Ein zentrales Merkmal von Faktenwissen ist dessen statische Charakter: Indem das Gelernte reproduziert wird, bietet Faktenwissen vorgefertigte Antworten auf bestimmte Fragestellungen. Zwar lässt sich es sich, wie oben gesehen, durch Ergänzungen im Zusammenhang mit neuen Lernerfahrungen erweitern, für vollständig innerpsychische Lernprozesse ist es jedoch ungeeignet.

- Letzteres ist dagegen im Falle *„konzeptuellen Wissens“*[9] möglich: Grundlage für diese Speicherform ist zunächst wiederum Faktenwissen, welches jedoch a) stärker vernetzt und b) in abstrahierter Form auftritt. Es ist ein vielfach vernetztes Begriffswissen in einem *bestimmten* inhaltlichen Bereich (domänenspezifisch, hier: *politische* Inhalte), dessen Ausmaß oft charakteristisch für eine Unterscheidung von „Laien“ und „Experten“ ist (Krauss 2011, 176; Götzmann 2015, 26, 28). Der abstrakte Charakter kommt dadurch zum Ausdruck, dass von spezifischen Erfahrungen abgesehen wird und stattdessen „Merkmale und Kennzeichen der jeweiligen Erfahrungsklasse“ allgemein kategorisiert werden (Anderson 2001, 153). Dies zeigt sich in einem abstrakten, tiefgehenden Verständnis der Beziehungen zwischen (propositionalen) Aussagen in einer bestimmten Wissensdomäne. Diese Wissensart ist demnach in Gestalt von Kategorien, Klassifikationen, Modelle bzw. Schemata präsent. Zur Beschreibung werden in der Kognitionspsychologie klassischerweise wiederum semantische Netzwerke verwendet (vgl. Abb. 2.4). Nach Collins und Quillian (1969) sind diese jedoch hierarchisch geordnet, d.h. übergeordnete Sachverhalte sind auch für untergeordnete Kategorien zutreffend. Zuletzt genannte können daher aus ersteren abgeleitet werden. Diese Speicherform gilt als ökonomisch, da z.B. Eigenschaften, welche allgemein für Parteien zutreffend sind, nicht für jede Partei neu erlernt werden müssen. Zudem wird die Einschätzung der Umwelt vereinfacht, da „Informationen, die häufig gemeinsam mit einem Konzept auftreten“ mit „ihm oder einem übergeordneten Konzept abgespeichert“ werden können (Anderson 2001, 155f.). Ist Wissen in sinnvolle kognitive Netzwerke integriert, können Wissenslücken durch entsprechende Schlüsse gefüllt werden.[10] Konzeptuelles Wissen kann daher *selbst*, ohne die Aufnahme bzw. Verarbeitung neuer Eindrücke, Quelle neuen Wissens sein.

[9] In der Literatur wird dieses tlw. auch als „integriertes Wissen“ bezeichnet.

[10] „Wer etwa über ein Fachkonzept Wahlen verfügt, kann einen Bericht über den Ablauf der Wahlen in einem anderen Land einschätzen und erschließen, ob diese demokratischen Vorgaben entsprechen, obwohl detailliertes Faktenwissen zum konkreten Fall nicht vorhanden ist“ (Detjen et al. 2012, 29).

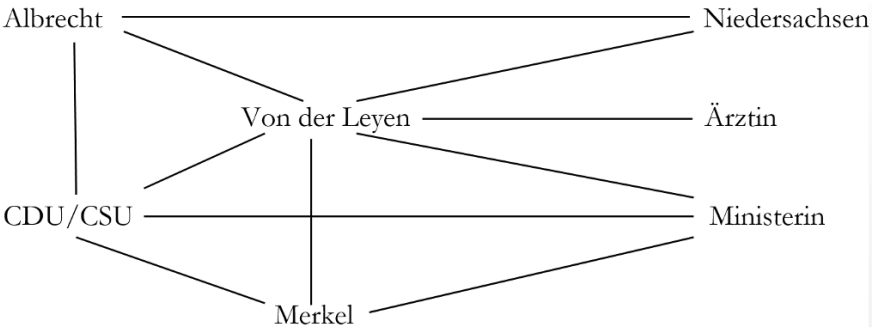


Abbildung 2.3: Begriffsnetzwerk "Von der Leyen" (ohne Relationen)

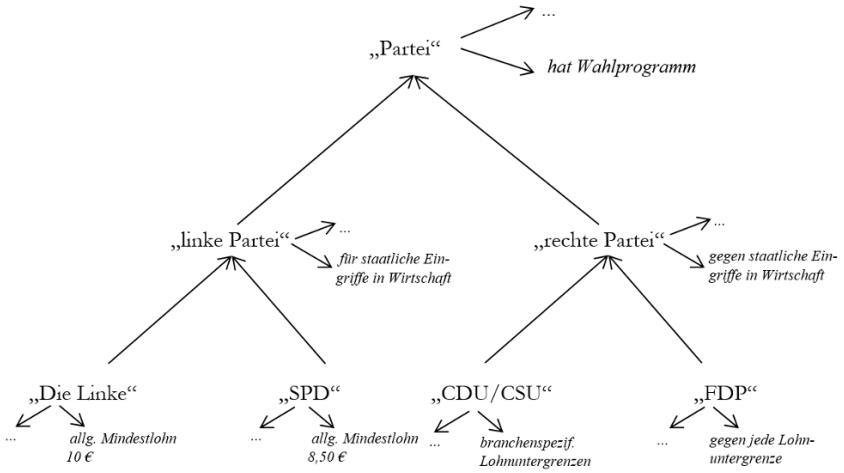


Abbildung 2.4: Semantisch-hierarchisches Netzwerk (eigene Darstellung angelehnt an Becker-Carus 2011,389)

## 2.2 Definition politischen Wissens

Wie viel wissen die Bürger über politische Inhalte? Um dieser Frage nachgehen zu können, ist es zunächst erforderlich zu klären, was eigentlich genau unter „politischem Wissen“ verstanden werden soll. Die Bestimmung des

Gegenstandsbereichs erscheint nur auf den ersten Blick trivial. Zudem lassen sich in der Literatur eine ganze Reihe von Begriffen zum Gegenstandsbereich finden, welche zwar oft einander konzeptuell durchaus ähnlich sind, zumeist aber nicht vollständig austauschbar verwendet werden können (Kuklinski/Quirk 2001).

Grundlegend für die vorliegende Arbeit ist, wie bereits angerissen, das Verständnis der US-Forscher Delli Carpini und Keeter (1996, 10), welche im Rahmen des bisherigen Standardwerks zur Thematik „What the Americans know about Politics", „political knowledge" als „the range of factual information about politics that is stored in long-term memory" definieren. Politisches Wissen bezieht sich in dieser Studie damit auf *das quantitative Ausmaß im Langzeitgedächtnis gespeicherter Fakten über politische Angelegenheiten*. Die sechs Bestandteile dieser Definition werden im Folgenden inhaltlich expliziert:

Zunächst wird *Bezug auf politische Inhalte* genommen: Laut Dekker und Portengen (2000, 450) ist politisches Wissen als „knowledge of the political" zu verstehen. Vorab muss jedoch definiert werden, was unter „Politik" verstanden werden soll.

- Easton versteht hierunter die kollektiv verbindliche Zuteilung von (materiellen und immateriellen) Werten in der Gesellschaft. Daran anknüpfend zeichnen sich politische Inhalte dadurch aus, dass sie von Relevanz für politische *Entscheidungen* sind: „kinds of information (...) relevant to the authoritative allocation of values" (Easton 1953, 129) bzw. „(...) facts that citizens bring to their individual and collective decision making" (Delli Carpini/Keeter 1996, 12). Inhalte werden damit dadurch politisch, dass sie von Relevanz für Bürger beim Abschätzen der Auswirkungen ihrer eigenen politischen Entscheidungen sind (Norris 2000, 208, 213). Hierunter fallen demnach Inhalte, welche von Relevanz für die Stimmabgabe bei Wahlen sind. Gleiches gilt für andere Formen politischer Beteiligung (z.B. politischer Konsum), welche zum Ziel haben, Einfluss auf allgemein verbindliche Entscheidungen

zu nehmen.

- Auszuklammern wären demgegenüber Inhalte, die nur einen Einfluss auf private Entscheidungen haben, welche sich typischerweise nur auf einen eng begrenzten Personenkreis beziehen (Götzmann 2015, 29), beispielsweise Entscheidungen zum Wohle der eigenen Gesundheit (z.B. Verzicht auf Rauchen wegen Krebsrisiko[11]), Beantragung staatlicher Leistungen zur eigenen Existenzsicherung.[12]

- Gleichzeitig wird jedoch im Regelfall auch der *situative* Charakter politischen Wissens betont: In pluralistischen Gesellschaften können letztlich sehr unterschiedliche Themen politische Relevanz bekommen, selbst wenn dies von Fall zu Fall auch jeweils nur für einen *begrenzten Kreis* von Bürgern zutreffen mag. Je nach Kontext kann ein Inhalt politisch relevant sein oder nicht (z.B. Privatleben von Politikern für US-Vorwahlen relevant, bei Referenden für politische Sachfragen nicht, vgl. Delli Carpini/Keeter 1996, 14, 136; Norris 2000, 213). Auf diese Weise können sehr viele Inhalte zumindest mittelbar politischer Natur sein: „Politik ist also kein bestimmter Raum in der Gesellschaft (...) fast alles kann politisch relevant werden“ (Alemann 1999, 80). Ein pauschaler Ausschluss bestimmter Inhalte (z.B. Unterhaltung, Geschichte, Wirtschaft, Geographie) von der Definition erscheint daher unangemessen, da auch diese unter Umständen politische Relevanz besitzen können, d.h. „fast (...) jeder Themenbereich politische Bedeutsamkeit hat oder annehmen kann“ (Van Deth 2000, 115; vgl. auch Schneider et al. 2006, 44). Wie Delli Carpini/Keeter (1996, 11f.) betonen, soll der Begriff „range“ in ihrer Definition dementsprechend die Breite des Konstrukts ausdrücken, welche sich nicht nur auf Wissen *bestimmter* Fakten bezieht, sondern bewusst einen *breiten* Gegenstandsbereich abbilden soll.

[11] Konträr zur Forschermehrheit vertritt lediglich Norris (2000, 215ff.) die Ansicht, dass es sich auch hierbei um politische Inhalte handelt.

[12] Dabei wird mitunter auf die Unterscheidung bei Aristoteles zwischen dem Öffentlichen („politikos“) und dem Privaten („oikos“) verwiesen (vgl. Alemann 1999, 82).

Das Merkmal fokussiert dabei zweitens *kognitive Gedächtnisinhalte*.

- Hiervon abzugrenzen sind folglich politische Orientierungen *affektiver* (politische Gefühle), *evaluativer* (politische Bewertungen) oder *konativer* Natur (politische Verhaltensabsichten). Das hier interessierende Merkmal ist politisches *Fakten*wissen, nicht das Verständnis z.B. politischer Vorgänge oder Strukturen (vgl. auch Dekker/Portengen 2000, 448ff.). Nicht eingeschlossen sind ferner Merkmale in Bezug auf politisches Verhalten bzw. Motivationen (z.B. politisches Interesse) von Individuen. Diese strikte konzeptuelle Differenzierung scheint inhaltlich geboten. Eine Vermengung von Faktenwissen im Rahmen breiterer Konzepte, welche aus übergeordneter Perspektive allgemein die politische *Involvierung* von Bürgern zum Gegenstand haben, ist daher für das vorliegende Forschungsinteresse nicht sinnvoll.[13]
- Gleiches gilt für Konzepte, welche in allgemeiner Form die *Kompetenz* von Individuen fokussieren.[14] Es interessieren daher Wissensbestände des semantischen Gedächtnisses, welche auf Fakten gerichtet sind („know that"). Diese Sachverhalte umfassen z.B. Kenntnisse der Positionierung von Parteien („Die CDU ist gegen einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union."), der Höhe politischer Kennzahlen („Der Arbeitslosenquote in Deutschland liegt bei ca. 7 Prozent.") oder Begriffsbedeutungen („Die Kopenhagener Kriterien definieren die Anforderungen für einen EU-Beitritt."). Aufgrund der vorherigen Erläuterungen wird

[13] Vgl. Konzepte wie „political sophistication" (Campbell et al. 1960), „political involvement" (Almond/Verba 1963), „political information" (Converse 1975), „political sophistication" (Luskin 1987), „political literacy" (Westholm et al. 1990), „political awareness" (McClosky/Zaller 1984; Zaller 1990, 1992) sowie „civic literacy" (Milner 2001, 2002).

[14] Der Begriff „civic knowledge" umfasst z.B. bei Torney-Purta et al. (2001) zwei Komponenten: 1) Im Falle von politischem Faktenwissen ist von „civic content" die Rede, während 2) unter „civic skills" von diesen Autoren Fähigkeiten bzgl. selbständigen Denkens und der sinnvollen Anwendung vorhandenen politischen Wissens subsumiert werden. Vgl. ähnlich hierzu Konzepte wie „political mastery", „political competence", „citizen competence" (Kuklinski/Quirk 2001), „politische Informiertheit" (Neller 2002), „political sophistication" (Luskin 1990), „political expertise" (Neuman 1986, 191), „politische Kompetenz" (Schoen 2005, 138) oder „politische Versiertheit" (Rattinger 2009).

im Rahmen dieser Arbeit aus Konsistenzgründen gemäß der psychologischen Terminologie statt „factual information“ präziserweise der Begriff „Faktenwissen“ verwendet. Wie oben gesehen, werden neue Inhalte im Gedächtnis letztlich als „Wissen“ (nicht als „Information“) gespeichert.[15]

Drittens interessiert dabei das *quantitative Ausmaß* („size“ bei Luskin 1987, 860; Delli Carpini/Keeter 1993, 1180) politischer Gedächtnisinhalte,

- d.h. nicht die inhaltliche Breite („breadth“ bei Delli Carpini/Keeter 1996 und „range“ bei Luskin 1987) bzw. Tiefe („depth“ vgl. Delli Carpini/Keeter 1996, 65, „detailed knowledge“ bei 1993, 1186) des individuellen Wissensbestands.
- Ebenso wenig wird berücksichtigt, inwiefern eine sinnvolle Strukturierung bzw. Vernetzung einzelner Inhalte („organization“ nach Luskin 1987, 860) anzutreffen ist, d.h. von „integriertem“, „intelligentem“ bzw. „konzeptuellem“ Wissen (vgl. oben) die Rede sein kann.[16] Es interessiert das Ausmaß politischer Kognitionen und nicht die „kognitive Komplexität“ (Luskin 1990, 332)[17] des individuellen politischen Überzeugungssystems (z.B. inwieweit ideologische politische Konzepte wie die Liberalismus vs. Konservatismus-Dimension die politischen Orientierungen der Bürger strukturieren[18]).
- Damit findet auch keine Berücksichtigung, ob diese Inhalte in angemessener Form interpretativ (z.B. durch Abstrahierung) für politisches

[15] In dieser Hinsicht sprechen sich auch Boudreau und Lupia (2011, 171) gegen eine synonyme Verwendung der Begriffe „political information“ und „political knowledge“ aus.

[16] Letzteres fokussieren dagegen Begriffe wie „contextual knowledge“ („cognizance of the basic forces relevant to some given field of operations“ laut Downs 1957, 79), „conceptual integration“ (Neuman 1986), „extensive organized knowledge“ (Luskin 1987, 861), „theoretical political knowledge“ (Dekker/Portengen 2000, 451; vgl. auch Converse 1964, 213).

[17] Unter „kognitiver Komplexität“ versteht Luskin „the extent to which a person's cognitions of some stimulus domain are both highly differentiated (roughly, numerous and wide-ranging) and highly integrated (organized or constrained)“ (1990, 332).

[18] Verwiesen sei ferner beispielhaft auf die Konzepte „levels of conceptualization“ (Campbell et al. 1960) oder die Typologie „recognition and understanding“ (Converse 1964).

Denken und Handeln *eingesetzt werden* („knowledge in use“, „civic skills“ bei Maiello 2003) oder lediglich „träges Wissen“ darstellen, das nur reproduziert werden kann und nicht in neuen Situationen nutzbar ist. Nicht abgedeckt wird durch die vorgenommene Definition somit das aktive Verwenden von politischem Wissen bei der Verarbeitung der politischen Umwelt: „respondents' ability to apply political concepts in a differentiated fashion to their political environments and, further, to integrate or organize political ideas“ (vgl. „conceptual differentiation“ nach Neuman 1986). Abzugrenzen sind daher ebenfalls Konstrukte, welche die politische Abstraktionsleistung von Individuen zum Gegenstand haben (Marcus et al. 1974), z.B. inwieweit aus den bekannten Positionen der SPD auf eine zutreffende ideologische Grundorientierung der Partei geschlossen wird.

- Im Gegensatz zu anderen Begriffsverständnissen interessiert im vorliegenden Fall deshalb auch nicht, wie angemessen dieses soeben angesprochene vorhandene Faktenwissen tatsächlich eingesetzt werden kann (vgl. „know how“ nach Lupia/McCubbins 1998, „knowledge in use“ nach Neuman (1986),198ff.).[19] Nicht beleuchtet wird daher generell die „Fähigkeit“, aus „Wissen“ sinnvolle politische Schlussfolgerungen abzuleiten, welche eine effektive politische Partizipation ermöglichen, also z.B., ob ein Bürger in der Lage ist, in Bezug auf die eigenen Präferenzen eine rationale Wahlentscheidung zu treffen (Stewart et al. 2008, 404). Der Fokus liegt vielmehr darauf, ob inhaltliches Wissen über einen bestimmten Tatbestand vorhanden ist oder nicht.[20]

[19] Auf diesem alternativen Verständnis basierend ist in der Literatur anderswo von „knowledge“ (Lupia/McCubbins 1998, 24), „knowing“ (Elo/Rapeli 2010, 135) bzw. „politischen Fähigkeiten“ (Oesterreich 2002, 52) die Rede.

[20] Fokussiert wird Wissen im Sinn von „know that“. In der Literatur finden sich hierfür unterschiedliche Bezeichnungen für diesbezügliches Faktenwissen vgl. „civic content“ (Torney-Purta et al. 2001; Maiello 2003) oder „material political knowledge“ (Dekker/Portengen 2000, 451). Vollmar (2007, 123) versteht Faktenwissen lediglich als „Wissensrohstoff“. Lupia und McCubbins verwenden hierfür missverständlicherweise die Begriffe „information“ bzw. „data“ (Lupia/McCubbins 1998, 24). Gleiches gilt für Elo und Rapeli, welche hierfür die Bezeichnung „information possessing“ (Elo/Rapeli 2010, 135) wählen.